



HESSISCHER LANDTAG

16. 06. 2021

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Fraktion der SPD,
Fraktion der Freien Demokraten**

17. Juni 1953 bleibt Mahnung gegen Totalitarismus und für Freiheit, Menschenrechte und Selbstbestimmung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag erinnert an den Volks- und Arbeiteraufstand am 17. Juni 1953, der vor allem von sowjetischen Militäreinheiten niedergeschlagen wurde. Mehr als 50 Menschen, die in vielen Städten der ehemaligen DDR spontan und friedlich für Freiheit und wesentliche Rechte sowie gegen die Staatsführung demonstriert hatten, verloren gewaltsam ihr Leben. Über 10.000 Menschen wurden inhaftiert. Der Mut dieser Menschen, die sich mit hohem individuellem Risiko und unter Hinnahme von persönlichen Nachteilen, Repressalien und Verfolgung gegen Unterdrückung aufgelehnt haben, darf nicht vergessen werden.
2. Die Niederschlagung des Aufstandes manifestierte die Teilung der deutschen Bevölkerung in verschiedene politische Einflussphären im sich anbahnenden Kalten Krieg. Zudem nahm die SED den Aufstand zum Anlass, den umfassenden Überwachungsapparat aufzubauen, mit dem sie die Menschen in der DDR jahrzehntelang bespitzelte und unterdrückte. Sie errichtete ein menschenverachtendes System, in dem grundlegende rechtsstaatliche und demokratische Strukturen außer Kraft gesetzt waren. Der 17. Juni 1953 wurde damit zum Ausgangspunkt und Symbol für den Widerstand gegen das repressive Regime der SED.
3. Im Lichte dieser Erinnerung teilt der Landtag in besonderem Maße die Freude, dass es den Menschen in der DDR 36 Jahre später in friedlicher Revolution gelungen ist, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen. Fortgesetzte und erfolgreiche Bemühungen der Menschen in Ost und West zur Überwindung der Teilung Deutschlands und ihr beherzter Wille zur Demokratie brachten die Diktatur zu Fall. Den Ruf nach Freiheit konnte der Staat nun nicht mehr verhindern. Die friedliche Revolution und die Vereinigung Deutschlands waren das Ergebnis mutigen Eintretens für Menschen- und Bürgerrechte und bleiben ein besonderes historisches Glück.
4. Der Landtag betrachtet diese Ereignisse des 17. Juni 1953 auch weiterhin als Mahnung gegen den Totalitarismus und als Zeichen für den Wunsch aller Menschen nach Freiheit, Menschenrechten und Selbstbestimmung.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 16. Mai 2021

Für die Fraktion
der CDU
Der Fraktionsvorsitzende:
Ines Claus

Für die Fraktion
der SPD
Der Fraktionsvorsitzende:
Nancy Faeser

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)

Für die Fraktion
der Freien Demokraten
Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock